



Zusatzantrag

eingbracht in der Gemeinderatssitzung am 21. Mai 2015

von

GR Karl Dreisiebner

Betrifft: Zusatzantrag zu TO Pt. 3: Reininghaus Projektgenehmigung

GZ: A 10/BD-34699/2013-11

Im Vorfeld der Behandlung und allfälligen Beschlusses des vorliegenden Gemeinderatsstücks und im speziellen beziehungsweise auf Unterpunkt 2.2.4 - ÖV-Trasse Hummelkaserne /Anbindung Wetzelsdorfer Straße (lt. Bericht an den Gemeinderat) ist es leider zu vorgezogenen irreversiblen Maßnahmen im Bereich der Wetzelsdorfer Straße gekommen.

Gemeint ist damit die - für AnrainerInnen im Umfeld, wie auch für die politische und mediale Öffentlichkeit - vollkommen überraschende Fällung von 18 Alleebäumen entlang der Wetzelsdorfer Straße, südseitig. Diese Baumfällungen sind wohl zum Zwecke einer - zumindest zum gegenwärtigen Zeitpunkt - mehr als fragwürdigen Aufweitung der Landesstraße durchgeführt worden.

Auch wenn solche Maßnahmen faktisch durch das Land Steiermark als StraßenerhalterIn zu setzen sind, so ist doch die Standortgemeinde - in diesem Fall die Stadt Graz - im Vorfeld von solchen Vorhaben jedenfalls informiert und kann auf die Straßenerhalterin bzgl. Ausmaß und Zeitpunkt der geplanten Maßnahmen in Grenzen bestimmt einwirken, bzw. sogar mitwirken.

Dass solche bzw. vergleichbare Maßnahmen gerade in Konversionsgebieten wie Reininghaus nicht nur einmal anstehen werden, ist hier wahrscheinlich allen bewusst. Dass Fällungen von Bäumen in großer Anzahl - oder vergleichbare schwerwiegende und irreversibel Eingriffe in das Wohn- und Lebensumfeld vieler GrazerInnen - jedoch immer ohne jede Vorabinformation eines Bezirksratsgremiums, eines vorberatenden Ausschusses oder des Gemeinderats erfolgen sollen, ist in dieser Form überhaupt nicht wünschenswert.

Zusatzantrag

Pt. 2 des Antrages möge wie folgt ergänzt werden:

Die zuständigen Stadtsenatsmitglieder, zum einen Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl, als zuständiger Stadtsenatsreferent für die Baudirektion sowie für die Abteilungen Stadtplanung und die Abteilung Grünraum und Gewässer und zum anderen Verkehrsstadtrat Mag. Mario Eustacchio werden ersucht, hinkünftig dafür Sorge zu tragen, dass solche massiven Eingriffe in den ökologischen Bestand nicht ohne Information und Befassung des zuständigen Bezirksratsorgans und des fachlich zu befassenden Ausschuss sowie ohne Information an den Gemeinderat durchgeführt werden.